S 15 R 1281/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	10.
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 15 R 1281/19
Datum	03.01.2020

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 R 214/20
Datum	23.09.2021

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung der KlÄgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 03.01.2020 wird zurÄckgewiesen.

AuÄgergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Ä

Tatbestand

Die Beteiligten streiten Äber die GewÄhrung von Rente wegen Erwerbsminderung, auch bei BerufsunÄhigkeit.

Die am 16.05.1958 geborene KlÄgerin erlernte nach eigenen Angaben von Anfang Juli 1974 bis Ende Juli 1976 den Beruf einer Hauswirtschafterin. Im Anschluss daran durchlief sie eine einjÄhrige Ausbildung zur Krankenpflegehelferin und war sodann als solche â unterbrochen durch Zeiten der Kindererziehung und Arbeitslosigkeit â beschÄftigt. Von Anfang Oktober 2005 bis Ende September 2008 absolvierte sie eine Qualifizierung zur Fachkraft fÄr Altenpflege und war anschlieÄend (mit

Unterbrechungen namentlich durch Zeiten der Arbeitsunfähigkeit) in diesem Beruf zuletzt in Teilzeit bei einem Pflegedienst mit außerklinischer Intensivpflege bis zum (erneuten) Eintritt von Arbeitsunfähigkeit Mitte September 2018 sozialversicherungspflichtig tätig. Eine Beschäftigung nahm sie seither nicht mehr auf. Bei ihr ist seit Anfang April 2014 ein Grad der Behinderung (GdB) von 60 festgestellt.

Vom 28.02. bis 21.03.2018 nahm die Klägerin an einer stationären Rehabilitationsmaßnahme in der Klinik N teil, aus der sie zwar arbeitsunfähig und mit einem Leistungsvermögen von unter drei Stunden täglich für eine Tätigkeit als Altenpflegerin, jedoch mit einem Leistungsvermögen von sechs Stunden und mehr täglich für leichte Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (in wechselnder Körperhaltung ohne Heben und Tragen schwerer Lasten, ohne andauernde Zwangshaltungen wie z.B. tief gebückte Haltung, Überkopparbeiten und anhaltende Armvorhalte und ohne andauernde Nässe-/Kälteexposition) entlassen wurde (Entlassungsdiagnosen: sonstige zervikale Bandscheibenschäden, Schmerzen im Bereich der Brustwirbelsäule - BWS -, Kreuzschmerz, Fibromyalgie mit mehreren Lokalisationen, sonstige depressive Episoden).

Am 24.04.2018 beantragte die Klägerin Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Die Beklagte lehnte den Rentenanspruch mit Bescheid vom 24.05.2018 und der Begründung ab, gestützt im Wesentlichen auf den Reha-Entlassungsbericht ab, dass die Klägerin noch mindestens sechs Stunden täglich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten könne und deswegen nicht erwerbsgemindert sei. Auch liege keine Berufsunfähigkeit vor, da sie gesundheitlich und sozial zumutbar auf die Tätigkeit einer Registratorin verwiesen werden könne. Während des Widerspruchsverfahrens nahm die Klägerin erneut an einer stationären Rehabilitationsmaßnahme (29.10. bis 19.11.2018) teil, dieses Mal in der Klinik in B. Auch aus dieser Maßnahme wurde die Klägerin arbeitsunfähig und mit einem aufgehobenen Leistungsvermögen für eine Tätigkeit als Altenpflegerin entlassen, leichte bis mittelschwere Tätigkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (ohne mehr als gelegentliches Heben/Tragen/Bewegen von Lasten über 15 kg, ohne häufiges Bücken, fixiertes Sitzen sowie häufige Erschütterungsbelastungen, ohne Arbeiten mit Absturzgefahr oder erhöhter Unfallgefahr, nur gelegentliche Arbeiten mit belasteten Armvorhalt) seien ihr indes noch vollschichtig möglich (Entlassungsdiagnosen: zervikale Bandscheibenvorfälle mit mehrsegmentalen degenerativen Veränderungen im Segment C3-7, chronische Dorsalgie der BWS bei Nucleus-pulposus-prolaps - NPP -, Lumboschalgie bei NPP im Segment L2-S1 und Zustand nach Operation im Jahr 2007, Fibromyalgie, Impingement-Syndrom der rechten Schulter). Auf der Grundlage dieses Entlassungsberichts wies die Beklagte den Widerspruch der Klägerin mit Widerspruchsbescheid vom 01.03.2019 zurück.

Hiergegen hat die Klägerin am 26.03.2019 beim Sozialgericht Heilbronn (SG) Klage erhoben und zur Begründung im Wesentlichen angeführt, dass sie namentlich wegen ihrer starken chronischen Schmerzen mit dem Erfordernis einer

entsprechenden Medikamenteneinnahme und wegen ihrer Erschöpfung nicht mehr arbeiten können. Nach Vorlage ärztlicher Unterlagen (u.a. aus den Jahren 2016 und 2017, s. Bl. 31 ff. SG-Akte) hat das SG die behandelnden Ärzte schriftlich als sachverständige Zeugen angehört. Der H hat als Diagnosen ein Fibromyalgiesyndrom, eine Osteochondrose, einen Bandscheibenvorfall mit Radikulopathie sowie ein Impingement-Syndrom der rechten Schulter genannt und mitgeteilt, dass er die Klägerin zuletzt vor einem Jahr – im Juli 2018 – behandelt habe; eine Beurteilung der beruflichen Leistungsfähigkeit sei ihm nicht möglich. Die K hat diverse Diagnosen genannt (u.a. eine mittelgradige depressive Episode, eine posttraumatische Belastungsstörung, eine Anpassungsstörung, Angst und depressive Störung gemischt, – Mobbing –; wegen der weiteren diesbezüglichen Einzelheiten wird auf Bl. 47 SG-Akte Bezug genommen) und die Auffassung vertreten, die Klägerin könne aus neuro-psychiatrischer Sicht nur noch höchstens zwei Stunden täglich erwerbstätig sein (vgl. Bl. 48 SG-Akte).

In seiner sozialmedizinischen Stellungnahme für die Beklagte hat der N (Bl. 62 SG-Akte) darauf hingewiesen, dass sich weder aus den von der Klägerin vorgelegten medizinischen Unterlagen seitens des psychosomatischen/schmerztherapeutischen Fachgebiets (vgl. Bl. 20 ff. SG-Akte) noch aus der Auskunft der K nachvollziehbare Anknüpfungstatsachen ergeben, die geeignet seien, eine zeitliche Leistungseinschränkung zu begründen. Die Klägerin hat daraufhin im Wesentlichen ihre Schmerzangaben und ihre diesbezüglichen Einschränkungen vertieft (Bl. 64 ff. SG-Akte) und die Auffassung vertreten, dass sie jedenfalls berufsunfähig sei, weil sie nicht mehr in der Pflege arbeiten könne. Zuletzt hat sie (auszugsweise) einen radio-neurologischen Befundbericht von Anfang Dezember 2019 vorgelegt (Bl. 73 SG-Akte).

Nach Anhörung der Beteiligten hat das SG die Klage mit Gerichtsbescheid vom 03.01.2020 abgewiesen und zur Begründung im Wesentlichen – gestützt auf die Reha-Entlassungsberichte – ausgeführt, dass die Klägerin unter Beachtung der von den Ärzten der Klinik N sowie der Rklinik genannten qualitativen Einschränkungen jedenfalls leichte Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarkts noch mindestens sechs Stunden täglich ausüben könne, sodass sie nicht erwerbsgemindert sei. Auch bestehe keine Berufsunfähigkeit, da sie sozial und gesundheitlich zumutbar jedenfalls auf die Tätigkeit einer Registratorin verwiesen werden könne.

Gegen den ihr am 04.01.2020 zugestellten Gerichtsbescheid hat die Klägerin am 16.01.2020 Berufung eingelegt und zur Begründung im Wesentlichen geltend gemacht, dass ihre Leiden von neurologisch-psychiatrischer Seite mit Schmerzzuständen nicht ausreichend berücksichtigt worden seien und auf die Einschränkung der K verwiesen. Auch könne sie nicht als Registratorin arbeiten.

Die Klägerin beantragt (sachdienlich gefasst),

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 03.01.2020 sowie den Bescheid vom 24.05.2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 01.03.2019 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr Rente wegen voller

bzw. teilweiser Erwerbsminderung, auch bei Berufsunfähigkeit, zu gewährleisten.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält die angefochtenen Entscheidungen für zutreffend.

Der Senat hat von Amts wegen das Sachverständigengutachten des R1 (Chefarzt der Klinik für Neurologie und Geriatrie der SKliniken B1) eingeholt, der nach Untersuchung der Klägerin (22.07.2020) eine leichte anhaltende somatoforme Schmerzstörung, eine Dysthymia sowie eine leichte posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert hat. Leichte Tätigkeiten in wechselnder Körperhaltung (ohne Akkord-/Fließbandarbeiten, ohne Tragen von Lasten von mehr als 10 kg, ohne ständige Zwangshaltungen, z.B. Bücken, Knien, ohne Arbeiten auf Leitern und Gerüsten, ohne Kalte-, Wärme-, Staub-, Gas-, Dampf- oder Nässeexpositionen, ohne Nacharbeit sowie ohne besondere Beanspruchung des Gehörs) seien der Klägerin noch sechs Stunden und mehr täglich möglich. Insbesondere könne sie Arbeiten an Trommeln und Computertastaturen verrichten. Auch bestehe keine Einschränkung der Wegefähigkeit. Der Leistungseinschätzung der Klägerin bereits deshalb nicht gefolgt werden, weil diese keinen ausführlichen psychischen Befund erhoben und sich auch nicht mit den der Klägerin noch möglichen Alltagsaktivitäten, die eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensqualität nicht erkennen ließen, auseinandergesetzt habe. Schließlich ergebe sich auch aus dem neuro-radiologischen Befundbericht von Anfang Dezember 2019 nichts von sozialmedizinischer Relevanz.

Die Beteiligten haben auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung verzichtet.

Zur weiteren Darstellung des Sachverhaltes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Prozessakten erster und zweiter Instanz sowie die Verwaltungsakten der Beklagten verwiesen.

Ä

Entscheidungsgründe

Die gemäß [Â§ 151 Abs. 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) form- und fristgerecht eingelegte und gemäß den [Â§ 143, 144 SGG](#) statthafte Berufung der Klägerin, über die der Senat mit Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung durch Urteil gemäß [Â§ 124 Abs. 2 SGG](#) entscheidet, ist zulässig, jedoch unbegründet.

Das SG hat die Klage â jedenfalls im Ergebnis â zu Recht abgewiesen. Denn der Bescheid der Beklagten vom 24.05.2018 in der Gestalt ([Â§ 95 SGG](#)) des Widerspruchsbescheids vom 01.03.2019 ist rechtmäßig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten. Denn sie ist im Sinne der maßgeblichen

gesetzlichen Regelungen ([Â§ 43](#) des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch â SGV VI -) weder voll noch teilweise erwerbsgemindert, weswegen ihr Rente wegen voller bzw. teilweiser Erwerbsminderung nicht zusteht. Auch eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃhigkeit ([Â§ 240 SGB VI](#)) kann sie nicht mit Erfolg beanspruchen, weil sie nicht berufsunfÃhig ist.

Das SG hat die rechtlichen Grundlagen des geltend gemachten Anspruchs auf Rente wegen voller bzw. teilweiser Erwerbsminderung gemÃÃ [Â§ 43 SGB VI](#) sowie auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃhigkeit ([Â§ 240 SGB VI](#)) dargelegt und in erster Linie gestÃ¼tzt auf die Reha-Entlassungsberichte der Ãrzte der Klinik N und der der Rklinik mit zutreffender BegrÃ¼ndung ausgefÃ¼hrt, dass die KlÃ¤gerin diese Voraussetzungen nicht erfÃ¼llt, weil sie trotz der bei ihr bestehenden gesundheitlichen BeeintrÃchtigungen noch in der Lage ist, jedenfalls leichte TÃtigkeiten unter BerÃ¼cksichtigung der von den genannten Ãrzten im Einzelnen angefÃ¼hrten qualitativen EinschrÃnkungen (s. dazu oben im Tatbestand) zumindest sechs Stunden tÃglich zu verrichten und mit diesem LeistungsvermÃ¶gen weder volle noch teilweise Erwerbsminderung vorliegt. Ebenso zutreffend hat das SG begrÃ¼ndet, dass die KlÃ¤gerin auch nicht berufsunfÃhig ist, weil sie jedenfalls die (leichte) VerweisungstÃtigkeit einer Registratorin trotz der bei ihr bestehenden qualitativen EinschrÃnkungen noch (ohne zeitliche Leistungslimitierung) ausÃ¼ben kann und ihr â entsprechend der Rechtsprechung auch des erkennenden Senats (vgl. etwa Senatsurteil vom 17.10.2019, [L 10 R 2778/17](#), m.w.N.) â eine derartige TÃtigkeit, zu ihren Gunsten Berufsschutz als Facharbeiterin unterstellt, sozial zumutbar ist. Der Senat sieht deshalb gemÃÃ [Â§ 153 Abs. 2 SGG](#) insoweit von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÃ¼nde ab und weist die Berufung aus den GrÃ¼nden der angefochtenen Entscheidung zurÃ¼ck. Zu ergÃnzen sind die vom SachverstÃndigen R1 in seinem Gutachten zusÃtzlich genannten qualitativen EinschrÃnkungen, die der Senat seiner Beurteilung auch zu Grunde legt.

Soweit die KlÃ¤gerin mit ihrem Rechtsmittel ihre gesundheitlichen Leiden mit SchmerzzustÃnden seitens des psychiatrischen Fachgebiets ganz in den Vordergrund gerÃ¼ckt hat, ergibt sich auf der Grundlage der im Berufungsverfahren erfolgten weiteren medizinischen SachaufklÃrung keine andere Beurteilung.

In psychiatrischer Hinsicht leidet die KlÃ¤gerin an den vom SachverstÃndigen R1 diagnostizierten (leichten) psychischen GesundheitsstÃ¶rungen â insoweit wird zwecks Vermeidung von Wiederholungen auf die obige Darstellung im Tatbestand Bezug genommen -, die indes lediglich zu den vom SachverstÃndigen im Einzelnen angefÃ¼hrten qualitativen EinschrÃnkungen (s. auch dazu oben im Tatbestand), nicht jedoch zu einer zeitlichen Leistungsminderung fÃ¼hren. Dies hat R1 in seinem Gutachten fÃ¼r den Senat auf der Grundlage des von ihm erhobenen klinischen Befunds (namentlich, s. Bl. 59 ff. Senats-Akte: An- und Auskleiden rasch und ohne SchmerzÃuÃerungen, ruhig, offen, freundlich, promptes und bereitwilliges Auskunftsverhalten, kein Nachlassen der Konzentration und Aufmerksamkeit im Verlauf der mehrstÃ¼ndigen Exploration, lediglich leicht erhÃ¶hte Schreckhaftigkeit, bewusstseinsklar und zu allen QualitÃten voll orientiert,

Antriebslage unauffällig, keine Anzeichen für eine äußerlich erkennbare innere Unruhe, Stimmungslage lediglich subdepressiv bei rascher Stimmungsaufhellung beim Besprechen angenehmer Themen, keine Einschränkung der affektiven Modulationsfähigkeit, ungestörte Auffassungsgabe, Konzentrationsfähigkeit und Aufmerksamkeitsdauer, keine Einschränkung der mnestischen Funktionen, abstrakte gedankliche Anforderungen gut genügt, formaler Gedankengang unauffällig, keine paranoiden Ideen, Halluzinationen, Ich-Störungen, Zwangsideen oder Gedanken) sowie der ihm von der Klägerin beschriebenen Alltagsaktivitäten (namentlich, s. Bl. 49 ff., 72 f. Senats-Akte: Treppensteigen, Einnahme von Wannenbädern, Zubereiten von Mahlzeiten, Romane auf einem E-Book-Reader lesen, Kfz fahren, u.a. zur Physiotherapie und zum Einkaufen, Restaurant-/Kinobesuche, Stricken und Häkeln, Hausarbeiten – namentlich das obere Fach der Spülmaschine ausräumen, Wäsche waschen – erledigen, Geburtstage im Familienkreis feiern, Spaziergehen, Thermalbad aufsuchen, im Urlaub wandern bzw. Städtereisen, Kontakthalten mit Verwandten/Bekanntem via WhatsApp) überzeugend dargelegt. Der Sachverständige hat auch keine Anhaltspunkte für das Erfordernis besonderer Arbeitsbedingungen oder eine relevante Einschränkung der Wegefähigkeit finden können (vgl. Bl. 85 f. Senats-Akte).

Ebenso überzeugend hat der Sachverständige aufgezeigt, dass sich auch aus dem Entlassungsbericht der Ärzte des Klinikums Lahn-Hahe (Bl. 20 ff. SG-Akte) über den dortigen stationären Aufenthalt der Klägerin vom 27.11. bis 22.12.2018 (also kurz nach der Entlassung aus der stationären Reha-Maßnahme in der Rklinik) keine überdauernden Funktionsbeeinträchtigungen mit Auswirkung auf das zeitliche Leistungsvermögen von psychiatrischer Seite ableiten lassen, zumal die Klägerin auch darauf hat R1 hingewiesen – ausweislich des Entlassungsberichts psychisch stabilisiert aus der Behandlung hat entlassen werden können. Unabhängig davon haben auch die Ärzte der Klinik N und die der Rklinik – deren Entlassungsberichte im Wege des Urkundsbeweises verwertbar sind – keinen schwerwiegenden psychopathologischen Befund erhoben und die von der Klägerin geklagten psychischen Leiden bzw. psychosozialen Belastungen im Rahmen ihrer jeweiligen Leistungseinschätzung berücksichtigt sowie lediglich qualitative Einschränkungen beschrieben. Dies hat der gerichtliche Sachverständige bestätigt.

R1 hat schließlich auch schlüssig und nachvollziehbar dargelegt, dass der abweichenden Leistungsbeurteilung der K (Auskunft gegenüber dem SG) schon deshalb nicht gefolgt werden kann, weil sie keinen entsprechenden klinischen Befund erhoben und sich auch nicht mit den der Klägerin noch möglichen Alltagsaktivitäten kritisch auseinandergesetzt hat. Bereits der Facharzt Dr. Neumann hat in seiner beratungsärztlichen Stellungnahme – die als qualifiziertes Beteiligtenvorbringen verwertbar ist – darauf aufmerksam gemacht, dass von K keine Anknüpfungstatsachen genannt worden sind, die eine zeitliche Leistungslimitierung rechtfertigen könnten. Nur am Rande merkt der Senat noch an, dass sich die von K u.a. – ohnehin nur pauschal – behaupteten Konzentrations-, Merkfähigkeits- und Gedächtnisstörungen im Rahmen der Untersuchung durch R1 nicht bestätigt haben (vgl. dazu bereits oben).

Nachdem die KlÄgerin gegen die EinschÄtzung des gerichtlichen SachverstÄndigen auch keine EinwÄnde erhoben hat und R1 die von ihr geklagten seelischen Leiden mit SchmerzzustÄnden â soweit diese objektivierbar gewesen sind â im Rahmen seiner LeistungseinschÄtzung umfassend berÄcksichtigt hat (vgl. Bl. 63 ff. Senats-Akte), hat der Senat in Ansehung der obigen Darlegungen keine Zweifel, dass den bei der KlÄgerin bestehenden FunktionsbeeintrÄchtigungen seitens des psychiatrischen Fachgebiets mit den o.a. qualitativen EinschrÄnkungen hinreichend Rechnung getragen ist und eine zeitliche LeistungseinschrÄnkung nicht vorliegt.

In neurologischer Hinsicht hat der SachverstÄndige einen im Wesentlichen klinisch unauffÄlligen Befund erhoben (namentlich, s. Bl. 56 ff., 69 f. Senats-Akte: keine Hinweise fÄr eine Dysarthrie, Aphasie oder Dysphonie, keine Hinweise fÄr einen Nystagmus oder fÄr schwerwiegende VisusstÄrungen, keine hÄhergradige HÄrminderung, kein erhÄhter Muskeltonus oder Hyperkinesen, keine Paresen, Koordination ungestÄrt, Reflexe unauffÄllig, Zehen-, Hacken-, SeiltÄnzer- und Blindgang ungestÄrt, Alpha-EEG unauffÄllig und ohne Hinweise auf eine vermehrte TagesmÄdigkeit, Elektromyographie und Elektrophysiologie unauffÄllig ohne Hinweise auf eine NervenwurzelschÄdigung im Bereich der LendenwirbelsÄule) und darauf hingewiesen (Bl. 81 Senat-Akte), dass die neuro-radiologisch vorbeschriebene zerebrale Mikroangiopathie mit lakunÄren Defekten (s. dazu den Befundbericht von Anfang Dezember 2019, Bl. 73 SG-Akte) Folge des Bluthochdrucks der KlÄgerin ist, der zwischenzeitlich medikamentÄls behandelt wird, und sozialmedizinisch keine zusÄtzlichen EinschrÄnkungen begrÄndet.

In orthopÄdischer Hinsicht ist eine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitszustands der KlÄgerin seit DurchfÄhrung der Reha-MaÄnahmen in der Klinik N und der Rklinik weder konkret dargetan noch sonst ersichtlich, sodass es bei der von den dortigen Ärzten jeweils vertretenen LeistungseinschÄtzung und den entsprechenden AusfÄhrungen des SG in der angefochtenen Entscheidung verbleibt. Nur am Rande merkt der Senat an, dass die von der KlÄgerin im SG-Verfahren vorgelegten Ärztlichen Unterlagen â soweit sie das chirurgisch-orthopÄdische Fachgebiet betreffen (vgl. Bl. 31 ff. SG-Akte) â ohnehin die Zeit vor DurchfÄhrung der Reha-MaÄnahmen betreffen und die LeistungseinschÄtzung der Ärzte der Klinik N bzw. der Rklinik nicht in Frage stellen. Im Äbrigen hat auch die kÄrperliche Untersuchung durch den SachverstÄndigen (vgl. Bl. 54 ff. Senats-Akte) keine abweichenden AnknÄpfungstatsachen ergeben. Die von der KlÄgerin ihm gegenÄber seitens des Bewegungs- und Haltungsapparats angegebenen SchmerzzustÄnde hat R1 â wie bereits dargelegt -, soweit objektivierbar, umfassend berÄcksichtigt und im Rahmen der PrÄfung von Erwerbsminderung kommt es ohnehin nicht auf eine bestimmte Diagnosestellung oder die Bezeichnung von Befunden an, sondern auf die Beeinflussung des individuellen quantitativen sowie qualitativen LeistungsvermÄgens durch dauerhafte GesundheitsstÄrungen (Bundessozialgericht â BSG -, Beschluss vom 28.02.2017, [B 13 R 37/16 BH](#), in juris), also auf die durch die GesundheitsstÄrungen verursachten funktionellen BeeintrÄchtigungen, und nicht auf die Ursachen der GesundheitsstÄrung (BSG, a.a.O.).

Auch der Umstand, dass bei der KlÄgerin ein GdB anerkannt ist, ist für das vorliegende Verfahren auf GewÄhrung von Rente wegen Erwerbsminderung ohne entscheidende Bedeutung. Denn der Schwerbehinderteneigenschaft eines Versicherten kommt hinsichtlich seiner zumutbaren beruflichen Einsetzbarkeit keinerlei Aussagekraft zu (BSG, Beschluss vom 19.09.2015, [B 13 R 290/15 B](#), in juris).

Damit steht auch zur Äberzeugung des Senats fest, dass die KlÄgerin noch in der Lage ist, jedenfalls leichte Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unter Beachtung der oben genannten qualitativen EinschrÄnkungen mindestens sechs Stunden tÄglich zu verrichten, sodass sie weder voll noch teilweise erwerbsgemindert ist ([Ä§ 43 Abs. 3 Halbsatz 1 SGB VI](#)). Ob sie ihre TÄtigkeit als Altenpflegerin noch ausüben kann – wovon auch die Beklagte nicht ausgegangen ist -, ist in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung.

Was den erhobenen Anspruch auf Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit ([Ä§ 240 SGB VI](#)) anbelangt, hat das SG zutreffend dargelegt, dass und warum die KlÄgerin nicht berufsunfähig ist. Darauf wird hier Bezug genommen ([Ä§ 153 Abs. 2 SGG](#)). Auch unter Berücksichtigung des Sachverständigengutachtens respektive der von R1 zusätzlich genannten (qualitativen) EinschrÄnkungen kommt eine abweichende Beurteilung nicht in Betracht.

Die TÄtigkeit eines Registrators umfasst das Sortieren der von den zuständigen BürofachkrÄften zu bearbeitenden Schriftstücke nach den Vorgaben von AktenplÄnen oder anderen Merkmalen, das Erledigen von anfallenden Schreibarbeiten, wie das Führen von Statistiken, Terminüberwachungslisten und Karteien, das Ziehen und Abstellen von Ordnern/Akten, das Weiterleiten der zu bearbeitenden VorgÄnge zu den sachbearbeitenden Stellen innerhalb des Betriebs bzw. der Behörde mit Registraturwagen, das Abhängen von Akten oder das Abstellen von Ordnern nach der jeweiligen Bearbeitung. Die schwierigere TÄtigkeit im Sinne der (ehemaligen) Vergütungsgruppe BAT VIII umfasst die Mitwirkung bei der Bearbeitung laufender oder gleichartiger GeschÄfte nach Anleitung, das Entwerfen von dabei zu erledigenden Schreiben nach skizzierten Angaben, die Erledigung ständig wiederkehrender Arbeiten in Anlehnung an ähnliche VorgÄnge, auch ohne Anleitung, die Führung von Brieftagebüchern schwieriger Art, die Führung von Karteien, buchhalterische Äbertragungsarbeiten und Kontenführung (vgl. Senatsurteil vom 17.10.2019, [L 10 R 2778/17](#); Senatsurteil vom 11.04.2016, [L 10 R 5272/12](#), jeweils unter Hinweis auf das Urteil des 13. Senats des Landessozialgerichts – LSG – Baden-Württemberg vom 25.09.2012, [L 13 R 6087/09](#), in juris, auf der Grundlage umfangreicher Auskünfte von Arbeitgebern im Bereich des öffentlichen Dienstes, der gesetzlichen Krankenkassen, der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen und unter Hinweis auf die tarifliche Erfassung des Registrators unter Teil 3 Nr. 16 der Entgeltordnung der Länder; s. auch Bayerisches LSG, Urteil vom 16.12.2015, [L 13 R 250/14](#) m.w.N., in juris).

TÄtigkeiten als Registraturkraft in größeren Unternehmen und im öffentlichen

Dienst sind als körperlich leichte Tätigkeiten zu qualifizieren, welche bereits aus arbeitsorganisatorischen Gründen im Wechsel zwischen Sitzen, Stehen und Gehen verrichtet werden. Schweres Heben und Tragen wird nicht gefordert, da in den Registraturen die erforderlichen Hilfsmittel (Registaturwagen, Ablagemöglichkeiten etc.) in der Regel vorhanden sind. In Einzelfällen kann das Heben und Tragen von Lasten bis zu 5 kg, Arbeiten auf Stehleitern und Zwangshaltungen wie Kopfarbeiten anfallen. Die körperlichen Belastungen hängen weitgehend von der jeweiligen Arbeitsplatzgestaltung und der Arbeitsplatzorganisation ab; folglich sind das Handhaben schwerer Aktenvorgänge, Zwangshaltungen und das Arbeiten auf Leitern nicht generell mit der Tätigkeit einer Registraturkraft verbunden (vgl. Senatsurteil vom 11.04.2016, [L 10 R 5272/12](#); Bayerisches LSG, a.a.O.).

Das oben dargelegte Leistungsvermögen der Klägerin entspricht diesem Anforderungsprofil. So ist die Tätigkeit des Registrators leichter Art und sie wird nicht ausschließlich im Gehen und Stehen, sondern im Wechselrhythmus zwischen Gehen, Stehen und Sitzen ausgeübt. Sie trägt auch den weiteren qualitativen Einschränkungen Rechnung.

Soweit die Klägerin noch in ihrer Rechtsmittelbegründung geltend gemacht hat, sie könne eine Tätigkeit als Registratorin aus gesundheitlichen Gründen nicht ausüben, ist diese (pauschale) Behauptung ohne jegliche Substanz geblieben und im Übrigen auch durch das Sachverständigengutachten widerlegt.

Schließlich sind entsprechende Arbeitsplätze für Registratoren auf dem Arbeitsmarkt auch in nennenswerter Zahl vorhanden (s. erneut Senatsurteil vom 17.10.2019, [L 10 R 2778/17](#), und Senatsurteil vom 11.04.2016, [L 10 R 5272/12](#), jeweils wiederum unter Hinweis auf die vom 13. Senat des LSG Baden-Württemberg durchgeführten berufskundlichen Ermittlungen, s. erneut Urteil vom 25.09.2012, [L 13 R 6087/09](#), in juris). Unerheblich ist, ob der Klägerin ein für sie geeigneter, freier Arbeitsplatz angeboten werden kann, denn das Risiko, ob ein Versicherter auch tatsächlich einen für ihn geeigneten und zumutbaren Arbeitsplatz erhält, fällt in den Bereich der Arbeitslosenversicherung und ist deshalb nicht von der Rentenversicherung zu tragen, die ihre Versicherten allein vor den Nachteilen einer durch Krankheit oder Behinderung geminderten Leistungsfähigkeit zu schützen hat (BSG, Urteil vom 14.05.1996, [4 RA 60/94](#), in juris).

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Erstellt am: 29.12.2021

Zuletzt verändert am: 23.12.2024